

Weiterbildungsordnung der Landeszahnärztekammer Sachsen

Die Kammerversammlung der Landeszahnärztekammer Sachsen hat aufgrund von § 8 Absatz 3 des Sächsischen Heilberufekammergesetzes (SächsHKaG) vom 24. Mai 1994 (Sächs. GVBl. Nummer 30 S. 935, geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. Dezember 1998 Sächs. GVBl. Nummer 24 S. 663) am 28. April 2001 die folgende Weiterbildungsordnung beschlossen.

I. Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1 Allgemeines

(1) Die Weiterbildung dient dazu, die Qualität zahnärztlicher Berufsausübung in bestimmten fachlichen Gebieten der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde zu sichern.

(2) Die Weiterbildung umfasst den Erwerb und die Vertiefung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Erfahrungen in den bestimmten fachlichen Gebieten. Sie besteht in praktischer Berufstätigkeit und theoretischer Unterweisung.

(3) Die Weiterbildung kann erst nach Erhalt der Approbation als Zahnarzt oder der Berufserlaubnis nach § 13 ZHKG begonnen werden. Sie endet nach der erforderlichen Weiterbildungszeit mit einem Prüfungsgespräch vor der Kammer.

(4) Nach einer erfolgreich abgeschlossenen Weiterbildung erhält der Zahnarzt die Anerkennung zur Führung einer Gebietsbezeichnung.

§ 2 Gebietsbezeichnung

Die Weiterbildung kann erfolgen in den Gebieten:

1. Kieferorthopädie
2. Oralchirurgie
3. Öffentliches Gesundheitswesen.

§ 3 Weiterbildungszeit

(1) Die Weiterbildung soll zusammenhängend zurückgelegt werden. Die Dauer der Weiterbildung beträgt für die Gebiete Kieferorthopädie und Oralchirurgie jeweils vier Jahre und soll in der Regel sechs Jahre nicht überschreiten. Innerhalb dieser Zeit muss der Zahnarzt ein Jahr allgemein Zahnärztlich tätig sein.

(2) Die Weiterbildung hat grundsätzlich ganztägig und hauptberuflich zu erfolgen. Eine Weiterbildung kann bei Vorliegen wichtiger Gründe auf Antrag mit Genehmigung der Kammer in Teilzeittätigkeit abgeleistet werden. Die wöchentliche Teilarbeitszeit muss mindestens die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit betragen. Der Zeitraum der Weiterbil-

dung in Teilzeit wird entsprechend dem Verhältnis der wöchentlichen Teilarbeitszeit zur regelmäßigen Wochenarbeitszeit teilweise auf die Weiterbildungszeit angerechnet.

(3) Wird die Weiterbildung zusammenhängend für mehr als sechs Wochen unterbrochen, so ist die gesamte Unterbrechungszeit nachzuholen. Dies gilt nicht, wenn die während der Unterbrechung ausgeübte Tätigkeit mit den Zielen der Weiterbildung vereinbar ist.

(4) Eine Zeit beruflicher Tätigkeit in eigener Praxis ist auf die Weiterbildungszeit nicht anrechnungsfähig.

(5) Der Beginn und das Ende der Weiterbildungszeit sind von dem befugten Zahnarzt oder von dem Leiter der Weiterbildungsstätte unverzüglich der Kammer anzuzeigen.

§ 4 Weiterbildung außerhalb des Geltungsbereiches

(1) Die von den anderen zuständigen Berufsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland erteilten Anerkennungen gelten im Freistaat Sachsen mit der Maßgabe, dass die entsprechenden, in dieser Weiterbildungsordnung bestimmten Bezeichnungen zu führen sind. Die in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland erbrachten Weiterbildungszeiten bei einem befugten Weiterbilder in einer zugelassenen Weiterbildungsstätte werden anerkannt.

(2) Wer als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ein nach Artikel 5.7 Absatz 2 der Richtlinie 78/686/EWG in einem Mitgliedstaat erworbenes Diplom, ein Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis für ein Gebiet besitzt, erhält die Anerkennung, soweit nach dieser Weiterbildungsordnung in diesem Gebiet eine entsprechende Anerkennung möglich ist.

(3) Die von dem Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in einem der Mitgliedstaaten bereits abgeleistete Weiterbildungszeit, die noch nicht zu einem Befähigungsnachweis gemäß § 4 Absatz 2 Satz 1 geführt hat, ist ganz oder teilweise

anzurechnen, soweit diese der nach dieser Weiterbildungsordnung für das betreffende Fachgebiet vorgeschriebenen Weiterbildungszeit entspricht (Artikel 6 Abs. 2 Richtlinie 78/686/EWG).

(4) Außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erworbene Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise können anerkannt werden, wenn die Weiterbildung nach Inhalt, Art und Umfang einer Weiterbildung nach dieser Weiterbildungsordnung gleichwertig ist. Vor der Anerkennung sind mindestens zwölf Monate zahnärztliche Tätigkeit im Fachgebiet bei einem zur Weiterbildung befugten Zahnarzt in der Bundesrepublik Deutschland abzuleisten.

(5) Eine zurückgelegte Weiterbildungszeit außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum kann ganz oder teilweise, höchstens jedoch für die Dauer von drei Jahren auf die nach dieser Weiterbildungsordnung erforderlichen Weiterbildungszeit angerechnet werden, sofern die dort geleistete Tätigkeit den Anforderungen dieser Weiterbildungsordnung entspricht. Gleiches gilt für die Weiterbildungszeit in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, wenn sie von einem Zahnarzt abgeleistet wurde, der nicht Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates ist.

(6) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 5 trifft die Kammer.

§ 5

Befugnis zur Weiterbildung, Erteilung der Befugnis

(1) Wer Zahnärzte weiterbilden will, bedarf dazu einer Befugnis. Die Befugnis zur Weiterbildung kann nur dem erteilt werden, der fachlich und persönlich geeignet ist. Er muss auf dem Gebiet umfassende Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, die ihn befähigen, eine gründliche Weiterbildung zu vermitteln. Für die Fachgebiete Kieferorthopädie und Oralchirurgie gelten zusätzlich die Bestimmungen des § 18 und § 21.

(2) Der zur Weiterbildung befugte niedergelassene Zahnarzt ist nur zur Weiterbildung jeweils eines Zahnarztes berechtigt.

(3) Die von den anderen Berufsvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland erteilten Befugnisse zur Weiterbildung gelten im Freistaat Sachsen nicht.

(4) Die Kammer führt ein Verzeichnis der befugten Zahnärzte, aus dem die Weiterbildungsstätte und das Gebiet, für das sie zur Weiterbildung befugt sind, hervorgehen. Das Verzeichnis ist bekannt zu geben.

(5) Über die Erteilung der Befugnis zur Weiterbildung entscheidet die Kammer auf Antrag. Sie entscheidet auch über die Rücknahme und den Widerruf der Befugnis (§7).

§ 6

Befristung der Befugnis

(1) Die Befugnis zur Weiterbildung der niedergelassenen Zahnärzte ist befristet. Die Frist kann auf höchstens fünf Jahre festgesetzt werden.

(2) Die Frist verlängert sich einmalig, sofern sich bei deren Ablauf ein Zahnarzt in Weiterbildung beim zur Weiterbildung befugten niedergelassenen Zahnarzt befindet. In diesem Fall endet die Befugnis mit Ablauf der Weiterbildungszeit des weiterzubildenden Zahnarztes bei dem zur Weiterbildung befugten niedergelassenen Zahnarzt.

(3) Frühestens drei Monate vor Ablauf der Frist kann die Befugnis zur Weiterbildung erneut beantragt werden.

§ 7

Widerruf und Rücknahme der Befugnis

(1) Die Befugnis zur Weiterbildung ist durch die Kammer zu widerrufen, wenn oder soweit ihre Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, insbesondere wenn ein Verhalten vorliegt, das die fachliche und persönliche Eignung des Zahnarztes als Weiterbilder ausschließt. Für die Rücknahme gilt § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

(2) Mit der Beendigung der Tätigkeit des befugten Zahnarztes in der Weiterbildungsstätte, der Auflösung der Weiterbildungsstätte oder des Widerrufs der Zulassung als Weiterbildungsstätte erlischt die Befugnis zur Weiterbildung.

§ 8

Pflichten des zur Weiterbildung Befugten

(1) Die für die Weiterbildung befugten Zahnärzte haben dafür Sorge zu tragen, dass die im jeweiligen Fachgebiet vorgeschriebenen Inhalte der Weiterbildung vermittelt werden.

(2) Dem Teilnehmer der Weiterbildung muss in ausreichendem Maße Gelegenheit gegeben werden, seine theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten zu erweitern und zu vertiefen.

(3) Der befugte Zahnarzt ist verpflichtet, die Weiterbildung persönlich zu leiten. Ergibt sich während der Weiterbildung, dass der Weiterzubildende die an ihn zu stellenden Anforderungen nicht erfüllt, dann hat der Weiterbilder ihn unverzüglich darauf hinzuweisen.

(4) Zum Abschluss der Tätigkeit des Weiterzubildenden ist ihm vom Weiterbildungsleiter ein Zeugnis auszustellen, das die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten ausführlich darlegt. Das Zeugnis hat im Einzelnen Angaben zu enthalten über:

1. Dauer und Art (ganztägig/halbtägig) sowie gegebenenfalls Unterbrechungen der Weiterbildungszeit,
2. die in dieser Zeit dem Weiterzubildenden vermittelten und von ihm erworbenen Kenntnisse sowie über die für den Erwerb dieser Kenntnisse und Fähigkeiten erbrachten zahnärztlichen Leistungen,
3. die fachliche Eignung des Weiterzubildenden.

§ 9

Weiterbildungsstätten

(1) Die Weiterbildung findet unter Leitung befugter Zahnärzte in dafür vorgesehenen Einrichtungen, insbesondere in Hochschulen, Krankenhäusern und Zahnarztpraxen statt.

(2) Die Zulassung einer Zahnarztpraxis als Weiterbildungsstätte erteilt die Kammer zusammen mit der Befugnis eines niedergelassenen Zahnarztes zur Weiterbildung, wenn

1. Patienten behandelt werden, die nach Anzahl und nach Art der Befunde Gewähr bieten, dass der weiterzubildende Zahnarzt die Möglichkeit hat, sich mit der Vorbeugung, der Feststellung und Behandlung der für das Fachgebiet typischen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten zu beschäftigen,
2. dem weiterzubildenden Zahnarzt ein vollständig dem Fachgebiet entsprechend ausgestatteter, eigener Arbeitsplatz sowie die erforderlichen Hilfskräfte und Einrichtungen zur Verfügung stehen.

(3) Die Kammer hat das Recht, sich vor Ort davon zu überzeugen, dass die erforderlichen Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind.

II. Abschnitt Anerkennungsverfahren und Prüfungsordnung

§ 10

Anerkennung

(1) Eine Gebietsbezeichnung nach § 2 darf nur führen, wer nach abgeschlossener Weiterbil-

dung die Anerkennung durch die Kammer erhalten hat.

(2) Der Antrag ist zum Ende der Weiterbildungszeit zu stellen. Mit dem Antrag sind alle erworbenen Zeugnisse (§ 8 Absatz 4) und ein Nachweis über die allgemeinärztliche Tätigkeit (§ 3 Absatz 1 Satz 3) vorzulegen. Antragsberechtigt sind nur Zahnärzte, die Kammermitglieder sind.

§ 11

Prüfungsausschuss

(1) Die Kammer bildet zur Durchführung des Prüfungsgesprächs für jedes in dieser Weiterbildungsordnung bestimmte Fachgebiet einen Ausschuss (Prüfungsausschuss).

(2) Die Prüfungsausschüsse bestehen aus je fünf Mitgliedern, die zur Weiterbildung befugt sein müssen. Darunter soll ein hauptamtlich tätiger Hochschullehrer sein. Das Prüfungsgespräch kann durchgeführt werden, wenn mindestens drei Ausschussmitglieder anwesend sind.

(3) Die Kammer bestellt die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und ihre Stellvertreter. Das für das Gesundheitswesen zuständige Staatsministerium kann ein weiteres Mitglied bestimmen.

(4) Die Bestellung ist für die Dauer von vier Jahren auszusprechen. Die Prüfungsausschüsse wählen aus ihrer Mitte je einen Vorsitzenden.

(5) Jeder Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse entscheiden unabhängig und sind an Weisungen nicht gebunden.

§ 12

Zulassung und Durchführung des Prüfungsgesprächs

(1) Die Kammer lässt den Antragsteller zum Prüfungsgespräch zu, wenn sich aus den Zeugnissen ergibt, dass er alle erforderlichen Weiterbildungsabschnitte absolviert hat.

(2) Nach Zulassung zum Prüfungsgespräch setzt die Kammer den Termin des Prüfungsgesprächs mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses fest. Die Prüfung soll in angemessener Frist nach der Zulassung stattfinden. Der Kandidat ist zum festgesetzten Termin mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu laden.

(3) Am Prüfungsgespräch nehmen der Prüfungsausschuss und ein Kandidat teil. Es wird über fachgebietsbezogene Themen geführt. Es sollen mindestens drei und höchstens fünf Kandidaten an einem Tag geprüft werden.

(4) Wenn der Kandidat dem Prüfungsgespräch ohne ausreichenden Grund fernbleibt oder dieses abbricht, gilt die Weiterbildung als nicht erfolgreich abgeschlossen.

§ 13

Entscheidung des Prüfungsausschusses

(1) Anhand der vorgelegten Zeugnisse bewertet der Prüfungsausschuss, ob die abgeleistete Weiterbildung den Anforderungen dieser Weiterbildungsordnung entspricht und ermittelt im Prüfungsgespräch, ob der Kandidat die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hat. Aufgrund der Bewertung der Weiterbildungszeit und des Fachgespräches entscheidet der Prüfungsausschuss, ob der Kandidat die Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

(2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses legt das Ergebnis des Prüfungsgespräches schriftlich nieder. Es wird dem Kandidaten sofort mündlich mitgeteilt und nach § 22 bekannt gegeben. Der Präsident der Kammer wird schriftlich informiert.

(3) Wird die Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen, erteilt die Kammer die Anerkennung.

(4) Wird die Weiterbildung nicht erfolgreich abgeschlossen, kann der Prüfungsausschuss die vorgeschriebene Weiterbildungszeit verlängern und besondere Auflagen erteilen.

§ 14

Wiederholung des Prüfungsgespräches

Nach Ablauf der verlängerten Weiterbildungszeit und nach Erfüllung der Auflagen kann sich der Kandidat zum Prüfungsgespräch erneut anmelden, frühestens jedoch nach drei Monaten. Für die Wiederholung des Fachgespräches gelten die §§ 11 bis 14 entsprechend.

§ 15

Rücknahme und Widerruf der Anerkennung

(1) Für die Rücknahme gilt § 48 und für den Widerruf § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

(2) In dem Bescheid nach Absatz 1 kann auch festgelegt werden, welche Weiterbildungsabschnitte der betroffene Zahnarzt ableisten muss, ehe einem erneuten Antrag auf Anerkennung entsprochen werden kann.

III. Abschnitt Gebietsbezeichnungen

1. Kieferorthopädie

§ 16

Inhalt und Bezeichnung

(1) Die Gebietsbezeichnung auf dem Gebiet Kieferorthopädie lautet: Fachzahnarzt für Kieferorthopädie.

(2) Das Gebiet Kieferorthopädie umfasst die Erkennung, Verhütung und Behandlung von Fehlbildungen des Kauorgans einschließlich der Kiefergelenke, von Zahnstellungs- und Bissanomalien sowie Kieferfehlbildungen, Deformierungen der Kiefer und des Gesichtsschädels.

(3) Die Weiterbildung auf dem Gebiet der Kieferorthopädie umfasst die Ätiologie und Genese der Gebissfehlbildungen, die kieferorthopädische Diagnostik einschließlich kephalometrischer Untersuchungen mittels Fernröntgenaufnahme und Bestimmung des skelettalen Alters sowie die Therapie nach anerkannten Behandlungsmethoden.

(4) Im Rahmen der Weiterbildung sind folgende Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln:

1. Entwicklung und Wachstum des Schädels und des Kauorgans
 - Einfluss von Erbe und Umwelt
 - statisch funktionelle Zusammenhänge
2. Diagnostik
 - funktionelle Untersuchungsverfahren
 - Auswertung von bildgebenden Untersuchungsmethoden
 - Modellanalyseverfahren
3. Grundlagen der Therapie
 - Indikation und prognostische Beurteilung
 - Prophylaxe und Frühbehandlung
 - Wirkungsweise biomechanischer und funktioneller Behandlungsmittel
 - kieferorthopädische Mechanik und Gewebereaktion
 - epikritische Beurteilung und Maßnahmen zur Stabilisierung des Behandlungsergebnisses
 - Grenzen der kieferorthopädischen Behandlungsmöglichkeiten
 - Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde und anderen medizinischen Fachgebieten.

§ 17

Weiterbildungsabschnitte

(1) Während der vierjährigen Weiterbildungszeit soll die Weiterbildungsstätte mindestens einmal gewechselt werden.

(2) Die Weiterbildungszeit in einer Abteilung für Kieferorthopädie an einer Hochschule muss mindestens ein Jahr betragen, sie kann bis zu drei Jahren anerkannt werden.

(3) Eine Weiterbildungszeit bei einem befugten niedergelassenen Fachzahnarzt für Kieferorthopädie ist bis zu zwei Jahren anzuerkennen.

§ 18

Besondere Voraussetzungen für die Befugnis

(1) Die Befugnis zur Weiterbildung setzt voraus, dass der Zahnarzt seine Tätigkeit auf das Gebiet der Kieferorthopädie beschränkt und in einer Weiterbildungsstätte gemäß § 9 der Weiterbildungsordnung tätig ist.

(2) Die Befugnis setzt weiterhin eine fünfjährige kieferorthopädische Tätigkeit nach der Anerkennung als Fachzahnarzt für Kieferorthopädie voraus.

(3) Der weiterbildende Zahnarzt hat zu gewährleisten, dass höchstens die Hälfte der täglichen Arbeitszeit zur Erledigung der außerhalb der Tätigkeit am Patienten anfallenden Arbeiten und zur Herstellung der Behandlungsbehelfe angesetzt wird.

2. Oralchirurgie

§ 19

Inhalt und Bezeichnung

(1) Die Gebietsbezeichnung auf dem Gebiet der Oralchirurgie lautet: Fachzahnarzt für Oralchirurgie.

(2) Das Gebiet umfasst die zahnärztliche Chirurgie einschließlich der Behandlung von Luxationen und Frakturen im Bereich des Gesichtsschädels (Kieferbruchbehandlung) sowie die entsprechende Diagnostik.

(3) Die Weiterbildung umfasst die zahnärztliche Chirurgie nach Absatz 2. In den klinischen Weiterbildungsstätten soll die Möglichkeit gegeben sein, eine Weiterbildung mit Schwergewicht auf dem Gebiet der zahnärztlichen Chirurgie und der Traumatologie durchzuführen und dabei auch ausreichende Kenntnisse in der Notfallmedizin unter Berücksichtigung anästhesiologischer Gesichtspunkte und in der Röntgentechnik zu vermitteln.

(4) In der Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie sind folgende Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln:

- pathologisch anatomische Grundlagen,
- Grundlagen der Anästhesiologie und Reanimation,

- klinische Röntgendiagnostik,
- dentoalveoläre operative Eingriffe, spezielle chirurgische Eingriffe unter besonderer Berücksichtigung traumatologischer Gesichtspunkte wie Versorgung von Kieferverletzungen und konservative und operative Therapie von Kieferfrakturen.

(5) In den klinischen Weiterbildungsstätten ist neben den in Absatz 1 aufgeführten Punkten das Schwergewicht auf die Vermittlung alternativer Operationsverfahren und von Randgebieten, Anästhesiologie mit Reanimation, Pathologie sowie Operationsnachbehandlung mit interdisziplinärem Arztbericht zu legen.

(6) Die in der Weiterbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind anhand eines Operationskataloges nachzuweisen.

§ 20

Weiterbildungsabschnitte

(1) Während der vierjährigen Weiterbildungszeit soll die Weiterbildungsstätte mindestens einmal gewechselt werden.

(2) Eine Weiterbildungszeit an der Abteilung für Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie, an der Abteilung für zahnärztliche Chirurgie eines Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an einer Universität oder eines zugelassenen Krankenhauses kann bis zu drei Jahren angerechnet werden.

(3) Eine Weiterbildungszeit, die bei einem niedergelassenen Arzt oder Zahnarzt abgeleistet wird, kann bis zu zwei Jahren angerechnet werden.

(4) Eine zweijährige Anrechnung erfolgt, wenn die Voraussetzungen durch den zur Weiterbildung befugten Arzt oder Zahnarzt gemäß § 21 Absatz 3 erfüllt werden.

§ 21

Besondere Voraussetzungen für die Befugnis

(1) Die Befugnis zur Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie kann einem Arzt für Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie, oder einem Fachzahnarzt für Oralchirurgie erteilt werden, sofern er in einer Weiterbildungsstätte (§ 9)

1. als Leiter einer Abteilung für Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie oder einer Abteilung für zahnärztliche Chirurgie eines Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an einer Universität mindestens halbtägig in der Weiterbildungsstätte anwesend ist,
2. als Leiter einer kieferchirurgischen Abteilung eines Krankenhauses ganztägig in der Abteilung anwesend ist,

als niedergelassener Arzt oder Zahnarzt ganz-tägig in seiner Praxis anwesend oder beleg-ärztlich tätig ist.

(2) Die Befugnis eines Arztes oder Zahnarztes für eine dreijährige Weiterbildungsberechtigung an einer Krankenhausabteilung setzt voraus, dass die Anzahl der Patienten und die Art der zu behandelnden Erkrankungen eine vollständige Weiterbildung in diesem Fachgebiet gewährleisten.

(3) Die Befugnis eines niedergelassenen Arztes oder Zahnarztes für eine zweijährige Weiterbildungsbefugnis setzt voraus, dass er belegärztlich tätig ist oder mindestens eintausendfünfhundert zahnärztlich-chirurgische Eingriffe jährlich an zu versorgenden Patienten vornimmt, die sich aus allen Teilen des Gebietes entsprechend dem Operationskatalog des Weiterbildungsausschusses der Kammer rekrutieren müssen. Der Operationskatalog ist als Anlage Bestandteil der Weiterbildungsordnung.

(4) Die Befugnis eines Zahnarztes, der in eigener Praxis tätig ist, setzt voraus, dass er mindestens drei Jahre nach seiner Anerkennung als Arzt für Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie oder als Fachzahnarzt für Oralchirurgie im Wesentlichen auf dem Gebiet der Oralchirurgie praktisch tätig war.

3. Öffentliches Gesundheitswesen

§ 22

Inhalt, Dauer und Anerkennung

(1) Die Gebietsbezeichnung auf dem Gebiet des Öffentlichen Gesundheitswesens lautet „Öffentliches Gesundheitswesen“; wer die Anerkennung erworben hat, führt die Bezeichnung „Zahnarzt für Öffentliches Gesundheitswesen“.

(2) Die Kammer erteilt die Anerkennung unter Nachweis des erfolgreichen Abschlusses der Weiterbildung auf Grund des Zeugnisses über das Bestehen der Prüfung an einer Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen.

(3) Die Abschnitte I mit Ausnahme § 2 und II der Weiterbildungsordnung gelten nicht für die Anerkennung des Gebietes „Öffentliches Gesundheitswesen“. Das Verfahren regelt sich nach den Vorschriften des SächsHKaG.

Der in § 21 Abs. 3 benannte Operationskatalog wurde mit Beschluss der Kammerversammlung vom 8. November 2003 geändert und ist als Anlage ersichtlich.

Diese Änderung tritt zum 1. Januar 2004 in Kraft. Sie wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales am 4.12.2003 unter AZ.: 61-5415.41/6 genehmigt und bekannt gemacht im Zahnärzteblatt Sachsen Heft 12/03.

IV. Abschnitt Schlussvorschriften

§ 23

Bekanntgabe von Entscheidungen

(1) Entscheidungen nach dieser Weiterbildungsordnung sind dem Betroffenen in schriftlicher Form bekannt zu geben. Ablehnende Entscheidungen sind darüber hinaus mit Gründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen, soweit der Betroffene beschwert ist.

(2) Gegen ablehnende Bescheide kann der Betroffene Widerspruch nach Maßgabe der §§ 69 bis 73 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) bei der Landeszahnärztekammer Sachsen erheben. Über den Widerspruch entscheidet der Vorstand der Kammer.

§ 24

Besitzstandsregelung

Alle vor dem 01.09.1991 erworbenen Gebietsbezeichnungen und alle Gebietsbezeichnungen, die danach durch abgeschlossene Weiterbildungen nach altem Recht erteilt wurden, dürfen im Bereich der Landeszahnärztekammer Sachsen als erworbener Besitzstand weitergeführt werden.

§ 25

Inkrafttreten

Diese Weiterbildungsordnung tritt am 1. Juli 2001 in Kraft.

Dresden, den 28. April 2001

Dr. med. dent. Lüddecke
Präsident der
Landeszahnärztekammer Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie hat am 15. Mai 2001 unter Az. 61-5415.41/6 die Genehmigung erteilt.

Die Satzung zur Änderung der Weiterbildungsordnung der Landeszahnärztekammer Sachsen vom 28. April 2001 wurde am 23. Mai 2001 ausgefertigt und im Zahnärzteblatt Sachsen 06/01 bekannt gemacht.